

Aufzeichnung der deutsch-französischen Konsultationsbesprechung (Paris, 10. Februar 1972)

Legende: Anlässlich der Konsultationen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland (BRD) am 10. Februar 1972 diskutieren der deutsche Bundeskanzler Willy Brandt und der französische Staatspräsident Georges Pompidou insbesondere über die Umsetzung der Wirtschafts- und Währungsunion und die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den Vereinigten Staaten.

Quelle: PA AA, [s.l.]. B 150 Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. [Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 36].

Urheberrecht: (c) Copyright-Hinweis:

Die Originale der Dokumente, deren Abschriften bzw. Faksimiles hier veröffentlicht sind, befinden sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts, und nur der Text dieser Originaldokumente kann maßgeblich sein. Jegliche Nach- und/oder Abdrucke bzw. Vervielfältigungen oder sonstige Verwertungen der in dieser Internet-Seite enthaltenen Archivmaterialien des Auswärtigen Amts bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts, D-11013 Berlin, Mail: 117-r@diplo.de.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/aufzeichnung_der_deutsch_franzosischen_konsultationsbesprechung_paris_10_februar_1972-de-c7831354-d490-4375-984c-80002db553a3.html

Publication date: 03/07/2013

Deutsch-französische Konsultationsbesprechung in Paris

Z A 5-9.A/72 geheim 10. Februar 1972

Der Präsident der Französischen Republik empfing am 10. Februar 1972 um 17.00 Uhr den Herrn Bundeskanzler zur Fortführung des am Vormittag begonnenen Gesprächs, zu dem ab 18.15 Uhr auch Premierminister Chaban-Delmas, Außenminister Schumann, Wirtschafts- und Finanzminister Giscard d'Estaing sowie die Bundesminister Scheel und Schiller hinzukamen.

Präsident Pompidou nahm zunächst zur Kenntnis, was der Herr Bundeskanzler über den Verlauf seines Gesprächs mit Premierminister Chaban-Delmas, hier insbesondere über die bilateralen Fragen, berichtete. Er regte an, nunmehr über die großen anstehenden Probleme zu sprechen. Sowohl der Herr Bundeskanzler als auch er selbst hätten in der Zwischenzeit mit Präsident Nixon Gespräche geführt. Man habe gesehen, was in Washington vor sich gehe. Es sei davon auszugehen, daß seit dem Washingtoner Abkommen die Entwicklung nicht so verlaufen sei, wie dies wünschenswert gewesen wäre. Die amerikanische Regierung habe die Vorlage des Gesetzes über die Dollar-Abwertung an den Kongreß verzögert. Man spreche nunmehr davon, das Gesetz werde erst im nächsten Monat eingebracht. Umlaufende Gerüchte sprächen von einer noch stärkeren Abwertung des Dollar. Die Niedrigzins-Politik der amerikanischen Regierung verzögere den Rückfluß des US-Kapitals aus Europa. Eingeleitete Maßnahmen stünden im Widerspruch zu der Politik, die man verkündet habe. Aus all dem ergebe sich der Eindruck, daß die in Washington eine quantitative Kontrolle der Außenverbindlichkeiten der Banken, insbesondere im Zusammenhang mit dem Problem kurzfristiger Kapitalbewegungen, für erforderlich. Wenn dies eingeräumt werde, müsse man auch prüfen, ob für eine solche Kontrolle eine Organisation geschaffen werden könnte. Ein ständiges Sekretariat des Rats der Gouverneure z.B. konnte schnelle Konsultationen und Entscheidungen herbeiführen. Vielleicht könnte man auch an einen gemeinsamen Interventionsfonds denken, wobei sich die Frage erhebe, wie dieser zusammengesetzt sein solle. Ferner sei die Frage des erforderlichen Saldenausgleichs zu prüfen. Die Techniker hätten genug Stoff.

Auch wenn man sich mit Großbritannien völlig einig, werde es zu monatelangen Verhandlungen kommen. Dies halte er auch für erforderlich. Er wisse auch, daß die Bundesregierung die Parallelität zwischen dem wirtschaftlichen und dem monetären Aspekt betone. Frankreich stimme dem auch zu, nur müsse man wissen, was eine Wirtschafts- und Währungsunion bedeute, welches ihre Sofortziele, welches ihre weiteren Projekte seien. Französischerseits sei man bereit, alle Vorschläge dazu zu prüfen. Man müsse jedoch praktisch vorgehen, Sektor um Sektor der Industrie prüfen, auch in völliger Klarheit darüber, daß es eine Währungsunion ohne eine Wirtschaftsunion nicht geben könne. Die Union könne nur dann stabil sein, wenn sie auf einer bestimmten Einheit der Wirtschaften beruhe. Er stehe hier allen Vorschlägen offen gegenüber. Stärker noch aus politischen als aus wirtschaftlich-finanziellen Gründen glaube er aber, daß Europa, komme es in den nächsten Wochen zum Beginn einer Wirtschafts- und Währungsunion, mehr Gewicht in die Diskussionen über ein internationales Währungssystem einbringen könne.

Man könne natürlich noch über das Japan-Problem sprechen, dies sei aber kein Sofortproblem. Es komme auf uns zu, wenn die USA die japanischen Importe nach Europa umleiten wollten. Er halte die japanische Exportpolitik für eine Gefahr. Er könne sich keine Welt vorstellen, die völlig von japanischen Exporten überschwemmt sei.

Bevor Minister Schiller zu dem Gespräch hinzukomme, und um von diesem nicht gleich attackiert zu werden, wolle er noch folgende Bemerkung machen: Er glaube nicht, daß der wirtschaftliche Liberalismus total sein könne. Ein totaler wirtschaftlicher Liberalismus bedeute jeweils den Triumph des Stärksten. Man möge sich unter diesem Aspekt einmal das Verhältnis Europas zu Japan, den USA und der unterentwickelten Welt ansehen, wobei er jetzt die Frage des Verhältnisses zum Osten außer Betracht lasse. Komme es unter dem Aspekt des totalen Wirtschaftsliberalismus zum Handelskrieg, müsse der Stärkste gewinnen. Die unterentwickelte Welt habe darunter in entsetzlicher Weise zu leiden. Da ferner die USA, wie auch andere Länder, in der Produktivität hinter den Japanern einherhinkten, müsse mit einer neuen Welle des Protektionismus gerechnet werden, wie es ihn auf dem Gebiet der Agrarerzeugung gebe. Die ganze Welt betreibe Agrarprotektionismus, die USA noch in stärkerem Maße als die EWG. Die Erklärung dafür sei

einfach: Die Produktivität der gesamten Agrarwirtschaft reiche nicht aus, um alle Landwirte leben zu lassen. Wollte man auf ein Gleiches in der gewerblichen Wirtschaft hinsteuern? Frankreich habe größere Produktivitätsprobleme als Deutschland, Deutschland größere als Japan. Gelänge es nicht, diese Fragen zu regeln, käme es überall erneut zu Zollbarrieren. Es sei sinnlos, um der schönen Optik des Liberalismus wegen sterben zu wollen.

Der Herr Bundeskanzler erwiderte, was die USA anbelange, komme man deutscherseits zu einer etwas optimistischeren Einschätzung. Präsident Nixon habe etwas sehr Interessantes gesagt: Während das Kriegsrisiko abnehme, nehme die Gefahr der wirtschaftlichen Rivalität zu. Dies sei eine interessante Formulierung, denn sie bedeute, daß die Gefahr der Wirtschaftsivalität u.a. als denen zunehme, die gestern noch mit dem Risiko eines untereinander zu führenden Krieges behaftet gewesen seien.

Aus unserer Interessenlage heraus seien wir stärker interessiert als Frankreich, bei allen Interessengegensätzen doch zu einem angemessenen Ausgleich zu kommen, freilich bei entsprechenden Gegenleistungen. In dieser Hinsicht verstehe man durchaus die französischen Bedenken gegenüber den Verhandlungen mit dem amerikanischen Bevollmächtigten Eberle. Die Erfahrungen der letzten Zeit hätten ihn in der Auffassung bestärkt, daß man den Dialog mit den USA nicht dem Zufall überlassen dürfe. Dieser Dialog müsse unter Kontrolle nicht nur der Kommission, sondern auch der Regierungen, und zwar auf genügend hoher Ebene, geführt werden. Er verstehe durchaus, daß viele der amerikanischen Vorwürfe nicht gerechtfertigt seien. In einem Beitrag, den er kürzlich für die Zeitschrift „Foreign Affairs“ redigiert habe, habe er dies auch zum Ausdruck gebracht. Auf die japanischen Probleme wolle er, wie der Präsident, nicht eingehen; es sei klar, daß hier der amerikanische Wunsch nach Umleitung der japanischen Exportströme zutage trete.

Was unsere Politik gegenüber der Wirtschafts- und Währungsunion anbelange, glaube er, daß ein Rückgriff auf die Entscheidungen vom März 1971 die einfachste und überzeugendste Form darstelle. Diese Entscheidungen seien noch im Lichte der Entwicklung von Experten zu prüfen, enthielten aber alle wesentlichen Elemente vor allem für die erste Etappe der Währungs- und Wirtschaftsunion. Zwei Punkte seien dabei mit zu bedenken: Zunächst, dies habe der Präsident von sich aus schon gesagt, seien Konsultationen mit Großbritannien wünschenswert, weil dies das Verfahren erleichtere. Was zweitens die Parallelität zwischen dem wirtschaftlichen und monetären Aspekt anbelange, sollte man folgendes ins Auge fassen: Unabhängig von den Sachfragen sollte man prozedural so verfahren, daß einmal der Rat der Gouverneure Vollmachten und Aufträge erhalte. Dies wäre durchaus im Sinne der Bundesregierung. Sodann könne man innerhalb der Gemeinschaft an die Bildung einer Art Lenkungsausschuß denken, nicht auf Ministerebene, sondern auf der Ebene der Staatssekretäre, die sich auch an dem einen oder anderen Tag durch Abteilungsleiter vertreten lassen könnten. Dies böte die Gewähr dafür, daß auf genügend hohem Niveau die Entscheidungen der Regierungen rascher als bisher bekanntwerden und man sich darauf einstellen kann. Die viel zitierte Parallelität bekäme so einen doppelten Ausdruck, ohne daß ein großer Apparat dafür in Brüssel erforderlich wäre. Ein bis zwei Vertreter jeder Regierung könnten die konjunkturpolitischen Entscheidungen miteinander abstimmen.

Man dürfe die Entscheidung, die Wirtschafts- und Währungsunion ernsthaft in Gang zu setzen, nicht mehr vor sich herschieben, sondern müsse sie im Ministerrat Anfang März treffen. Es blieben dann noch etwa 14 Tage Zeit, um das damalige Dokument an die Entwicklung anzupassen. Für den zeitlichen Ablauf sei nun das Agrarproblem noch von großer Bedeutung für uns. Im Wirtschaftsjahr 1970/71 sei das Einkommen der in der Agrarwirtschaft tätigen Bevölkerung pro Kopf um 10% gesunken, während in der gewerblichen Wirtschaft ansehnliche Einkommensgewinne zu verzeichnen seien. Für das Jahr 1971/72 ergebe sich ein günstigeres Bild, allerdings nur im Hinblick auf das Aufholen des im Jahre 1970/71 Verlorenen. Am heutigen Tage fänden in vielen deutschen Städten Demonstrationen der Bauern statt, die sich freilich nicht gegen die Politik der Bundesregierung, sondern gegen Brüssel richteten. Für ihn als Bundeskanzler sei es wichtig, daß sich in der Agrarpreisfrage etwas tue. Die deutschen Landwirte hielten die Brüsseler Vorschläge für zu unbedeutend. Die Landwirtschaftsminister der Bundesrepublik und Frankreichs hätten über diese Frage bereits in Berlin und in Brüssel gesprochen; er habe den Eindruck, daß die Auffassungen nicht weit auseinanderklafften. Es gehe für ihn um die Frage, wie sich das offizielle Feststellen der Paritäten auf die Grenzausgleichsabgabe und die Rechnungseinheiten und das allgemeine Funktionieren des

Agrarmarktes in einem Zeitpunkt auswirke, da die Washingtoner Beschlüsse festgeschrieben würden. Hier habe man nur ganz wenig Spielraum. Ginge es nur um die formelle Umwandlung der Mittelkurse, wäre das Problem schon da; die Verengung der Bandbreiten macht es aber noch schlimmer.

Minister Schiller sei nicht gegen diese Verengung der Bandbreiten, da dies auch schon Bestandteil der Beschlüsse über die Wirtschafts- und Währungsunion gewesen sei. Die deutschen Landwirte würden am liebsten weiter mit der Grenzausgleichsabgabe leben. Die Zahlen ließen erkennen, daß trotz dieser Abgabe die Exporte weiter angestiegen sind. Demgegenüber beklage sich die Verwaltung darüber, daß diese Abgabe sehr kompliziert zu handhaben sei. Diese gesamte Frage müsse gründlich geprüft werden. Sei die Grenzausgleichsabgabe als Lösung nicht mehr haltbar, stehe er vor der Frage, wie man dann eine Lösung finden könne, die ihn nicht in eine unhaltbare Lage gegenüber seiner landwirtschaftlichen Bevölkerung bringe. Könne man dann an eine geringfügige Veränderung der Rechnungseinheiten denken, oder an Kompensationen über die Mehrwertsteuer? Letzteres könne man natürlich nur als Gemeinschaftsregelung ins Auge fassen. Er sei aber auf diese Lösung gar nicht wild, weil sie kostspielig sei und den Finanzminister vor Probleme stelle. Irgendeine Kompensation müsse aber gefunden werden.

Zum anderen Hauptpunkt, dem des Interventionsmechanismus gegen unerwünschten spekulativen Kapitalzufluß, wolle er folgendes sagen: Er glaube nicht, daß es in kurzer Zeit gelingen könnte, Wirtschaftstheorien, die in einem Land stärker zum Zuge kommen als im anderen, abzubauen. Gewiß sei es etwas verwirrend, daß Leute, die man Sozialisten nenne, sich hier als Liberale erwiesen. Man könne es sich in dieser Frage jedoch leichter machen, wenn man pragmatisch vorgehe und möglichst viel an vereinbarten Regeln vorformuliere, so daß dann möglichst wenig für unvorhergesehene Maßnahmen übrig bleibe. Das meiste von dem, das eintreten könne, sei bekannt. Man sollte den Gouverneuren einen Katalog vereinbarter Regeln an die Hand geben und wäre auch gut beraten, die Gouverneure zu beauftragen, uns Vorschläge zu machen.

Die Frage, ob unsere eigenen nationalen Gesetze ausreichen, könne man unterschiedlich beurteilen. Das Instrument des Bardepots sei eine Art „fleet in being“, die jederzeit eingesetzt werden könne. Die Bundesbank mit ihrem eigenen Status könne bei der Verteidigung der Währung durchaus mithelfen. Der Rat der Gouverneure könne andererseits auch etwas darüber sagen, was mit dem Fonds zu geschehen habe, der schon im März-Programm 1971, freilich mehr aus politischen als aus wirtschaftlichen Gründen, drinstand.

Im übrigen glaube er, daß die größeren Bandbreiten gegenüber dem Dollar nicht unterschätzt werden sollten, sondern als ein Instrument vielleicht nur partieller Verteidigung der eigenen Interessen verstanden werden könnten.

Nach dem Hinzutreten der anderen Minister unterrichtete Staatspräsident Pompidou diese zunächst über den bisherigen Verlauf des Gesprächs.

Bundesminister Schiller knüpfte daran einige Bemerkungen zum Thema Wirtschafts- und Währungsunion an. Er glaube, man sei allgemein der Auffassung, daß nach dem realignment vom 18.12. nunmehr der Zeitpunkt gekommen sei, die Entwicklung zur Wirtschafts- und Währungsunion wieder aufzugreifen. Er glaube gleichfalls, daß man sich klar darüber sei, daß im Sinne der Evidenz, die Staatspräsident Pompidou zitiert habe, die wirtschaftliche und währungsmäßige Entwicklung parallel verlaufen müsse. Dies bedeute, daß eine stärkere monetäre Konvergenz mit einer stärkeren wirtschaftlichen und finanziellen Koordinierung einhergehen müsse. Des weiteren seien sowohl sein französischer Kollege als auch er selbst von den bisherigen Formeln der Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Brüssel etwas enttäuscht.

Beide seien der Auffassung, daß es eine eigentliche Koordinierung noch gar nicht gegeben habe. Der neue Jahresbericht der Gemeinschaft sei zwar wiederum ein schönes Werk, stelle aber nur die Addition nationaler Orientierungen ohne Abstimmung dar. Er selbst habe heute an einen alten deutschen Vorschlag erinnert, daß nämlich neben den sehr verdienten Ständigen Vertretern ein Ausschuß von Staatssekretären oder zuständigen Direktoren, also Leuten, die jahraus, jahrein die Konjunktur- und Finanzpolitik ihrer Länder mitgestalten, die diesbezüglichen Orientierungen vorbereiten, mit dem Ziel tätig werden sollte, eine stärkere Koordinierung zu ermöglichen. Was die europäische Währungspolitik anbelange, glaube auch er - und

stimme mit seinem französischen Kollegen darin überein - daß man sich weitere Schritte überlegen sollte. Beide Regierungen seien bisher noch nicht in der Frage der Verengung der Bandbreiten und gemeinsamer Interventionen gegenüber kurzfristigen Kapitalbewegungen im Detail festgelegt. Man befinde sich noch im Stadium des Nachdenkens. Dies sei gut so, weil man noch keine Positionen bezogen habe, die dem jeweils anderen das Leben schwermachen könnten. Zur Frage der Verengung der Bandbreiten wolle er nur soviel sagen: Er glaube, man könne ein System finden, das die Möglichkeit gebe, die Währungen der Mitgliedsländer enger aneinander zu binden. Minister Giscard d'Estaing und er selbst seien der Auffassung, daß 2% zu restriktiv seien. Vielleicht könne man an 2,25% denken. Wenn aber die Bandbreite nach innen immer enger gestaltet werde, müsse dies auch so erfolgen, daß man nach außen hin die volle Washingtoner Bandbreite ausnutze. Die nach Washington gegebene größere Flexibilität verhindere exzessive Kapitalbewegungen und beruhige die Situation. Man habe auch darüber diskutiert, warum nicht größere Kapitalrückflüsse nach den USA bisher zu verzeichnen seien. Hier liege auf der Hand, daß nach einer Entscheidung des Kongresses das Vertrauen in die neue Parität stärker werde. Diese Frage sei auch in Abhängigkeit von der Zinspolitik der USA zu sehen. Was die Interventionen anbelange, müsse man ein System finden, bei dem die Länder verpflichtet wären, in kürzeren Abständen einen Saldenausgleich vorzunehmen, weil sonst die Gefahr gegeben sei, daß einzelne Länder ein großes Portefeuille an schwachen Währungen führten. Bei letzteren denke er weder an den Franc noch an die DM.

Er glaube, daß man in der Gesamthematik nunmehr bilateral als auch zu sechst und dann zu zehnt weiter verhandeln könne.

Minister Giscard d'Estaing pflichtete seinem deutschen Kollegen in der Bewertung der bisher erfolgten Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Brüssel zu. Man sei dort sehr an der Oberfläche geblieben; Frankreich und Deutschland seien praktisch die einzigen Länder gewesen, die in diese Koordinierung mit Überzeugung gegangen seien. Die anderen hätten mehr versucht, das, was es an Präzisem gegeben habe, wieder vom Tisch zu bringen. Dieses Problem müsse gelöst werden. Was die Frage neu zu schaffender Gremien im Bereich der Währungs- und Wirtschaftspolitik anbelange, verweise er darauf, daß es bereits ein Komitee dafür gebe, das z. Zt. freilich nicht aktiv sei. Andererseits sei eine Auftragserteilung an den Rat der Gouverneure nur als Ausdruck orthodoxer Politik zu werten. Man könne aber darüber nachdenken, ob man nicht ein gemischtes Gremium aus den Gouverneuren und Vertretern der Finanz- und Wirtschaftsministerien ins Leben rufen wolle. Solchen Vorschlägen gegenüber sei man nicht verschlossen. Zur Frage der eigentlichen Währungspolitik habe sein Kollege Schiller bereits alles Wesentliche gesagt. In der Frage der Bandbreiten gehe es nur noch um die Streitfrage, ob man 2,20 oder 2,25 zugrunde legen solle. Diese Frage erzeuge aber keinesfalls Leidenschaften.

Präsident Pompidou wiederholte dazu seine schon gemachte Bemerkung, daß es nämlich bei 2,25 den Banken leichter sei, in europäischer Währung zu intervenieren. Was technische Fragen, z.B. den Saldenausgleich anbelange, lägen die beiderseitigen Auffassungen nicht weit auseinander. Die Fachleute sollten hier in Kontakt miteinander bleiben. Zur Frage der Kontrolle der kurzfristigen Kapitalbewegungen wolle er daran erinnern, daß es eine Empfehlung der Kommission gegeben habe, die von fünf Ländern der Gemeinschaft gebilligt worden sei. Es sei wünschenswert, daß auch die Bundesrepublik diese Empfehlung billige, sehe sie doch in ihrem Artikel 2 einen Mechanismus vor, der Minister Schiller offensichtlich zusagen könnte. In diesem Zusammenhang wolle er an Minister Schiller noch eine Frage richten, die er bereits dem Herrn Bundeskanzler vorgelegt habe: Könne die Deutsche Bundesbank die Außenverbindlichkeiten der Banken kontrollieren?

Minister Schiller entgegnete, die Bundesbank könne durchaus über ihre Mindestreservpolitik die Außenverbindlichkeiten der Banken berühren. Dabei ergebe sich das Problem, daß neben Kapitalbewegungen, die über Banken laufen und somit kontrollierbar sind, es auch Beziehungen zu Nicht-Banken gebe. Für deren Kontrolle habe man das marktwirtschaftliche Mittel des Bardepots vorgesehen, das man erforderlichenfalls einsetzen könne. Zum Prinzipiellen wolle er noch sagen, daß er sich mit seinem französischen Kollegen darin einig sei, daß man beim Wiederaufgreifen der Wirtschafts- und Währungsunion nicht mit festen Terminen, sondern pragmatisch und experimentell vorgehen wolle. Man sei schließlich in der ersten Stufe des Werner-Plans, die dort auch als Stufe des Experimentierens bezeichnet werde.

Minister Giscard d'Estaing erklärte dazu, diese erste Phase, über die man noch zu sechst beschließen könne, sei in der Tat eine Phase des Experimentierens. Eine Anlaufzeit sei ohnehin erforderlich. Wenn in einigen Monaten eine europäische Gipfelkonferenz stattfinde, könne man dann mit den Erfahrungen aufwarten, die man haben müsse, um dann sorgfältig und vorsichtig weiter arbeiten zu können. Es gebe jedoch noch eine Schwierigkeit. Die Kontrollen, die es in der Bundesrepublik über Ausländerguthaben, Anleihen von Nicht-Banken im Ausland und der Außenverbindlichkeiten der Banken gebe, erschienen ihm noch nicht so, daß damit eine konstante Kontrolle gegeben sei. Die seinerzeitige Empfehlung der Kommission sei von fünf Ländern, nicht jedoch von der Bundesrepublik akzeptiert worden. In dieser Empfehlung gebe es Vorschläge für die Beilegung dieser Fragen. Hinsichtlich dessen, was Minister Schiller vorgeschlagen habe, müßte der Rat der Gouverneure wohl prüfen, ob die deutschen Maßnahmen den vorgeschlagenen äquivalent seien.

Minister Schiller erklärte dazu, er habe den Eindruck, man gehe ein bißchen zu weit in der Frage der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik mit allen möglichen Kontrollen. Man verfüge über das Instrument des Bardepots, der Mindestreserven und des Ausländerzinsverbots. Damit sei man gut ausgerüstet. Eine totale Reglementierung der Auslandspositionen der Banken sei nicht möglich. Er wolle hier auch eine Warnung aussprechen: Seines Erachtens könne eine Wirtschafts- und Währungsunion nicht darin bestehen, eine Serie von Kontrollen zu errichten. Im übrigen halte man bei uns Kapitalbewegungen für etwas Gutes, da es den Welthandel fördere. Kontrollen verrieten auch keinen Gemeinschaftsgeist und müßten Mißtrauen erwecken. Daher habe man in der Bundesrepublik auch nicht lange über das Bardepot gesprochen und habe es auch nicht in Kraft gesetzt. Dies sei gut gewesen, weil sonst der Eindruck erweckt worden sei, man habe kein Vertrauen in die neuen Wechselkurse. Im übrigen sei bekannt, daß Spekulationen, die sich auf ein bestimmtes Land ausrichten, von Kontrollen nicht gebremst werden können.

Man könne die Wirtschafts- und Währungsunion als solche auch nicht nur auf diese Aspekte abstellen. Man brauche das Gesamtpaket: Eine bessere Politik im Wirtschafts- und Währungsbereich. Eine monetäre Annäherung alleine hieße neue Ungleichgewichte produzieren.

Präsident Pompidou bemerkte dazu, man könne die theoretische Debatte heute nicht mehr weiterführen. Er wolle nur folgende Bemerkungen noch anknüpfen:

Er könne sich drei verschiedene Lagen denken, in die man geraten könne. Die erste sei völlig normal. Wenn man dann über das verfüge, was Minister Schiller Waffen genannt habe, sei klar, daß man für alle Fälle gewappnet sei. Gerade man dann in eine völlig anormale Lage, also in eine Lage, in der der Währungskurs überhaupt nicht mehr stimme, komme es zu Aufwertungen oder Abwertungen. Er könne sich aber auch eine Lage vorstellen, die zwischen den beiden genannten liege. Er halte es für bedenklich, in einer solchen Zwischensituation versuchen zu wollen, die Zeit zwischen Ruhe und Sturm dazu zu benutzen, sich Waffen für den Ernstfalle zu besorgen. Dies hieße in einer solchen Lage, die Spekulation anheizen. Es sei besser, vorher dafür zu sorgen, daß man jeder Lage gerecht werden könne, wie dies die Fünf und auch Großbritannien bereits getan hätten. Im übrigen gehe es darum, Möglichkeiten vorzusehen. Dies zwingt nicht, diese Möglichkeiten anzuwenden.

Minister Schumann griff mit der Bemerkung in die Debatte ein, auch er halte die Instrumente, über die die Bundesrepublik zur Abschreckung unerwünschter Kapitalzuflüsse verfüge, für nicht ausreichend. Auch er halte eine mögliche Kontrolle über die Auslandsverbindlichkeiten der Banken für erforderlich. An diese Bemerkungen schloß er zwei Fragen an: Sei man darin einverstanden, auf der Grundlage der Beschlüsse vom März 1971 im nächsten Ministerrat schon über die Verengung der Bandbreiten zu beschließen, sei das Problem der Grenzausgleichsabgaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse so zu lösen, daß neben einem schrittweisen Abbau der Grenzausgleichsabgabe ein begrenzter Preisanstieg ins Auge gefaßt werde?

Minister Schiller entgegnete auf diese Darlegungen, was die Regulierung der Auslandspositionen anbelange, müsse er ehrlich sagen, daß es bisher bei uns stärkste Bedenken dagegen gebe. Man habe dies im Sommer auch nicht verlangt. Im übrigen helfe dieses Mittel auch nicht in dem Falle, in dem die Kapitalströme an den Banken vorbeigingen. Zur Frage der Verengung der Bandbreiten gebe er folgendes zu bedenken: Die Kursbewegungen in der Gemeinschaft gegenüber dem Dollar ließen erkennen, daß die DM eine mittlere

Kursentwicklung einhalte, der holländische Gulden und der belgische Franc weit über der Mitte lägen, darunter lägen der französische Franc und die Lira. Wenn man nun sehr schnell an eine Verengung der Bandbreiten herangehe, bedeute dies, daß die DM ihren Kurs beibehalte, der Gulden und der belgische Franc leicht ab-, der französische Franc und die Lira leicht aufgewertet würden. Italien wäre wohl nicht bereit, dem zuzustimmen. Eine schnelle Lösung dieser Art würde für Italien eine ziemlich schwere Entscheidung bedeuten. Man müsse bei all dem auch an die anderen Länder denken.

Der Herr Bundeskanzler legte dazu dar, es sei entscheidend, daß in der nächsten Ministerratssitzung das Gesamtprogramm bestätigt werde. Es müsse politisch klar werden, daß wir uns nunmehr auf den Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion begeben.

Präsident Pompidou erklärte, leider und Gott sei Dank müsse man nun abbrechen. Es sei festzuhalten, daß die Grundsatzentscheidung, die erste Etappe der Wirtschafts- und Währungsunion, nach den Beschlüssen vom Februar/März 1971 nunmehr in Gang gesetzt werde. Die nächste Tagung des Ministerrats solle man so vorbereiten, daß bis Ende März präzise Entscheidungen möglich seien. Er schlug abschließend vor, die Herren Minister zu dem für morgen anberaumten Gespräch ab 10.30 Uhr wieder hinzuziehen.